

5 gute Gründe für ein NEIN

zur Abstimmung über die Steuerreform am 24. Februar 2008

1. Ungerecht: Einkommen aus Aktienpaketen werden bevorzugt

Löhne und Renten werden voll besteuert. Aber eine Person, die mindestens 10% einer Aktiengesellschaft besitzt, wird das Aktieneinkommen (Dividenden) nur noch zu 60% versteuern. Dieses Steuergeschenk an Grossaktionäre ist höchst ungerecht.

2. Zu teuer: Schaden für AHV, Bund und Kantone

Grossaktionäre, die in ihrem Unternehmen mitarbeiten, werden sich mehr Dividenden und weniger Lohn auszahlen. Löhne sind AHV-pflichtig, Dividenden nicht. Die AHV verliert Beiträge von mindestens 150 Mio. Franken. Die Unternehmenssteuerreformen in Bund und Kantonen verursachen zudem bis zu 2 Mrd. Franken Steuerausfälle. Dieses Geld fehlt z.B. bei den Schulen und Spitälern. Oder der Staat macht Schulden und erhöht die Steuern oder Gebühren. Darunter leiden Haushalte mit mittlerem und tiefem Einkommen.

3. Gefährlich: Arbeitsplätze bedroht

Wenn Unternehmen mehr Dividenden ausschütten, haben sie in schlechten Zeiten weniger Reserven. Das gefährdet Arbeitsplätze. Niemand kann garantieren, dass die Grossaktionäre das zusätzliche Geld wirklich in schweizerische Unternehmen investieren statt in rentablere ausländische Aktien. Die Erfahrungen zeigen, Kantone mit solchen Steuergeschenken haben kein höheres Wirtschaftswachstum. Sogar für die wirtschaftsnahe "Neue Zürcher Zeitung" ist ein Wachstumsimpuls "gänzlich unrealistisch" (5.3.2007).

4. Unausgewogen: Das ist keine KMU-Förderung

Die Teilbesteuerung der Dividenden begünstigt die Inhaber von Aktiengesellschaften, besonders von grossen und rentablen. Aber die meisten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind Personengesellschaften und Einzelfirmen: Der Metzgermeister und die Ärztin versteuern weiterhin ihren vollen Gewinn und zahlen AHV-Beiträge.

5. Unerhört: Verfassung zweifach verletzt

Die Bundesverfassung verlangt, dass alle nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden (Starke können mehr tragen als Schwache). Und alle Arten von Einkommen - Löhne, Renten, Dividenden - müssen gleich behandelt werden. Die Steuerreform verletzt beide Bestimmungen.

Koalition

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Christlich-soziale Partei

Grüne

Junge Grüne

JungsozialistInnen

Partei der Arbeit

Attac Schweiz

Erklärung von Bern

travail.suisse

Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz